

Zöfener Zeitung.

Sechshundsechzigster Jahrgang.

Sonnabend, 22. Februar (Erscheint täglich zwei Mal.)

Inhalts-Verzeichniss...

1873

Annahme-Bureau: In Posen...

Annahme-Bureau: In Berlin, Hamburg, Wien...

Nr. 90.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage...

Oesterreichische Stimmen über die Wahlreform.

Wo nicht offenkundige Gegner der Verfassung und der Konsolidierung der österreichisch-ungarischen Monarchie ihre Stimmen erheben...

Also ist nichts mehr angezeigt, als das Erreichbare zu sichern und zuerst die Verfassung auf festen Grund zu stellen.

So ungefähr urtheilen die tonangebenden wiener Blätter, und so ist die Meinung der gemäßigten und vorgeschrittenen Liberalen und des Ministeriums.

Man beachtet, welche Resultate diese Landtagswahlen ergeben. Wenn z. B. ein Wahlmann von einer geringen Mehrzahl gewählt wurde...

Endlich hing über dem Reichstage wie ein Demokesschwert der Strike der Reichsboten.

Solche Erfahrungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Es sind 1278 Petitionen für und nur 175 gegen die Einführung der Wahlreform eingelaufen.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bestätigte der Finanzminister...

zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Wie man hört, ist die allerhöchste Ermächtigung dazu bereits erteilt.

Berlin, 21. Febr. Die Budgetkommission bestätigte heute in zweiter Lesung ihre zum Servisgesetz in erster Lesung angenommenen Aenderungen.

Berlin, 21. Februar. Wenn das deutsche Generalstabswerk über den Krieg von 1870/1871 durch die ebenso gründliche, wie sachgemäße und übersichtliche Behandlung seines Stoffes mit vollstem Recht die ungetheilteste Anerkennung des In- und Auslandes hervorgerufen hat...

Die Verluste der deutschen Armee im Kriege gegen Frankreich von dem Direktor dieses so allgemeinen anerkannten Instituts, Dr. Engel, noch übertroffen.

ren, im Festungskriege 33 Ausfälle und 486 feindliche Aktionen. Nach traten hinzu 121 Etappen-Begegnungen und 11 feindlicherseits herbeigeführte Eisenbahnunfälle.

In einer Unterredung, welche der Kaiser mit dem Präsidenten des Oberkirchenraths Dr. Hermann über das Urtheil des brandenburgischen Konsistoriums betreffs des Predigers Seydow hatte...

Die Enthüllungen Kaiser's, schreibt die „Volkzeitung“ über die Gründungen der Herren Wagener-Ober-Schulte, beginnen bereits praktische Erfolge zu zeitigen.

Der Abgeordnete Lasker nannte, als er zuerst mit seinen Enthüllungen auftrat, auch den Prinzen Biron von Kurland als einen Mann, der sich Konzeptionen zu Eisenbahnen habe geben lassen...

Die auf dem hiesigen Stadtgericht in Bezug auf die Wagener-Affaire befindlichen Akten sind bereits vom Justizminister angefordert worden...

Der Verein der berliner Buchdruckerbesitzer beschaffte sich in seiner letzten Sitzung sehr lebhaft mit dem leipzigischen Buchdruckerstreike und nahm in dieser Beziehung folgende Resolutionen an:

Bei der eingreifenden Wichtigkeit der unterm 15. Oktober v. J. von dem Minister der Unterrichts-Angelegenheiten erlassenen Verfügungen, welche das Volksschulwesen neu und zeitgemäß regeln...

in gleichem Sinne entgegengekommen, wie sie abgegeben worden seien, indem auch der letztere den Einfluss Englands auf Sbere Ali als hinreichende Garantie für dessen friedliche Haltung erachtete.

Rußland und Polen.

Warschau, 20. Februar. Das Medizinal-Departement in Petersburg macht bekannt, daß der Kaiser die Sammlung von freiwilligen Beiträgen zu dem, dem berühmten deutschen Augen-Arzt Albert v. Graefe in Berlin zu errichtenden Denkmal in ganz Rußland ertheilt hat, und fordert die russischen Militär- und Zivil-Aerzte sowie das Publikum auf, sich recht zahlreich an diesen Beiträgen zu beteiligen.

Vom Landtage.

47. Sitzung des Abgeordnetenhanfes.

Berlin, 21. Februar. Eröffnung um 12 Uhr. Am Ministerisch Campbairn mit mehreren Kommissarien. Das Haus erledigt zunächst in zweiter Berathung die Etats des Herren-, des Abgeordnetenhanfes und der Postverwaltungen nach den Anträgen der Budgetkommission, in deren Namen Graf Limburg-Sturum referirt.

In Betreff der Erhöhung der Diäten bemerkt der Referent, daß dieselbe in der Budgetkommission durch den Vorstand des Hauses in Anregung gebracht wurde. Einstimmig war man der Meinung, daß die Erhöhung der Diäten in keinem Fall für die gegenwärtige Legislaturperiode, sondern unter allen Umständen erst vom Beginn der nächsten an eintreten solle.

Feier wenig die Rede; überall, in der Kirche, in den Festversammlungen wurde nur das Eine immer und immer hervorgehoben, daß Copernikus ein Pole gewesen sei. Hatte doch die polnische Presse schon zuvor die Hauptbedeutung der Feier darin gefunden, daß es seit langer Zeit wieder einmal den Landsleuten aus Rußland-Polen, Galizien, Posen und Westpreußen, d. h. also aus allen Theilen des ehemaligen polnischen Reiches, gefallt sei, gemeinsam eine nationale Feier zu begehen!

lich vielen Mitgliedern des Hauses zu Gute kommt. Deshalb einigte man sich schließlich einstimmig dahin, daß es wünschenswerther und angemessener sei, die Frage durch ein Gesetz zu regeln, und der Vorsitzende der Budgetkommission fragte bei dem Staatsminister an, ob es seine Absicht sei, noch in dieser Session ein Gesetz über die Erhöhung der Diäten einzubringen.

Auf eine Anfrage von Bonin's erwidert der Finanzminister: Der Gesetzentwurf ist bereits ausgearbeitet und wahrheitsgemäß in diesem Augenblicke vom Staatsminister schon vollzogen; er wird hoffentlich in den nächsten Tagen diesem Hause zugehen.

Sodann wird die zweite Berathung des Gesetzentwurfes betr. die Verfassung der Amtsverbände und des Landeskomunalverbandes in den Hohenzollern'schen Landen fortgesetzt, die gestern bis § 13 vorgerückt war. Der Entwurf ist 95 Paragraphen stark nebst Wahlreglement und wird von etwa 30 Amendements aus der Mitte des Hauses begleitet.

Abg. v. Mallinckrodt: Der Abg. Ebert sei in der Verwerfung jeder Virellstimme durchaus consequent, aber auf dieses Lob könne der Abg. Paster keinen Anspruch machen, wenn er das Privilegium im Allgemeinen aufhebe und doch eine Ausnahme für einen einzelnen Fürsten statuirt.

Abg. v. Rauchhaupt: Die drei Fürsten zahlten zusammen 10 Prozent aller Steuern der Hohenzollern'schen Lande. Demnach gebühren ihnen immerhin 2 Stimmen. Uebrigens habe das Haus in der Kreisordnung dem großen Grundbesitz die Hälfte der Stimmen auf den Kreistagen eingeräumt.

Der in weiten Kreisen bekannte Eisenbahndirektor und Redakteur des „Magazin für die Literatur des Auslandes“, Joseph Lehmann, ist am 19. d. M. im Alter von 72 Jahren hier verstorben. Nicht nur auf literarischem Gebiet, durch die Sorgfalt und Freundlichkeit, mit der er jenes nach vielen Seiten hin musterhafte Journal leitete, das viele Jahre hindurch beinahe allein den literarischen Verkehr Deutschlands mit dem Auslande vermittelte, auch in bürgerlicher hingebender Thätigkeit in Vereinen, so noch in seinen späteren Lebensjahren bei Errich-

lediglich mit der plumpten Arithmetik sich zurecht macht; man kommt dann zugleich auch zu der bekannten Gefeszmacherei, wie sie die Roman-schriftsteller von den Mitgliedern englischer Parlamente erzählen, die stets mit ihren Tafeln umhergehen und sich nach den Zahlen, die weite-ren Reformaten zurecht machen. Gestern wurde gesagt, der Amtsbetrel sei eigentlich ein Kreistag, heute dagegen, die Provinzialversammlung sei eigentlich ein Kreistag. Da scheinen mir die Begriffe in den Köpfen der Herren doch sehr elotisch zu sein.

Ich bin allerdings geneigt, Ausnahmefälle, zu berücksichtigen (aba! rechts), wenn meine Prinzipien andere oder der Zwang des Lebens sich entgegenstellt erkenne ich die Gegenwirkungen an, lasse mir aber nicht einreden, daß gemalte Gegenwirkungen wirkliche sind.

Abg. v. Paster: Das Rechenexempel des Herrn v. Rauchhaupt ist mit einigen Worten zu Schanden zu machen. Allerdings zahlen die 3 Fürsten zusammen den zehnten Theil sämtlicher Grundsteuer. Aber er verschweigt, daß der Fürst von den 10 Prozent allein 8 Prozent zahlt und die beiden anderen zusammen kaum 2 Prozent. Das ist eine Willkür und beweis, wie weit man kommt, wenn man das Staatsrecht

Abg. v. Paster: Das Rechenexempel des Herrn v. Rauchhaupt ist mit einigen Worten zu Schanden zu machen. Allerdings zahlen die 3 Fürsten zusammen den zehnten Theil sämtlicher Grundsteuer. Aber er verschweigt, daß der Fürst von den 10 Prozent allein 8 Prozent zahlt und die beiden anderen zusammen kaum 2 Prozent. Das ist eine Willkür und beweis, wie weit man kommt, wenn man das Staatsrecht

Berlin, 19. Febr. In der letzten Sitzung des Wagner-Vereins wurde mitgetheilt, daß zwischen Herrn General-Intendanten v. Hülsen und Herrn Wagner eine Ausöhnung erfolgt sei. Wagner würde im März schon wieder nach Berlin zurückkehren, um in Oberhause den „Tambäuer“ und „Lohengrin“ zu dirigiren.

Welche bedenkliche Seifenblasen mitunter die Gehirne solcher Leute treiben, die von Stufe zu Stufe aufsteigen, schließlich sich eine Beschäftigung suchen, die ihrem arbeitsheuen Wesen am besten entspricht, zeigt folgendes Inserat in der „Post-Ztg.“ vom 16. d. M.

Aus Berlin.

*) Inneres Wissen hatte der Verein als solcher die Beteilung abgelehnt? Red. v. Posener Ztg.

wird. Auch mit den beiden Vertrauensmännern und Abgeordneten hat der Abg. v. Mallinckrodt sein feines dialektisches Spiel getrieben...

Geb. Rath Persius: Ich muß den Vorwurf zurückweisen, als wolle die Regierung eine zufällige Majorität zur Annahme eines der Kreisordnung widersprechenden Prinzips benutzen.

Abg. v. Gerlach: Der Abg. Ebert hat in seinen hoch idealistischen Ausführungen den Napolconismus dem Feudalismus und der Hierarchie gegenüber gestellt.

Abg. v. Rauchs haupt glaubt den Vorwurf nach rein arithmetischen Verhältnissen Geseze zu machen, den Freunden des Abg. Lasker zurückgeben zu können, da sie bei der Berathung der Kreisordnung den Unterschied zwischen dem großen und kleinen Grundbesitz ausschließlich in der Höhe der Grundsteuer gefunden hätten.

Abg. v. Mallinckrodt: Wer den Abg. Lasker nicht näher kennt und nur seine letzte Rede gehört hätte, der mügte ihn für sehr böse halten (Heiterkeit). Ich weiß indessen, daß das nicht ganz so schlimm ist.

Abg. Lasker: Ich konstatire mit Genugthuung, daß der Abgeordn. v. Mallinckrodt den ärgsten Vorwurf, nämlich denjenigen, welcher sich auf seine Handhabung der Dialektik bezieht, nicht zurückgewiesen hat.

Abg. v. Mallinckrodt erwirbt, daß er unter seinen Bemerkungen nur das Wort „Feindseligkeit“ notirt hatte, und daher der zuerst gebrauchte Ausdruck „Staatsfeindschaft“ erklärlich gewesen sei.

Abg. Ebert (persönlich): Der Abg. v. Gerlach hat mir die Ehre erwiesen, meinen Ausführungen eine idealistische Natur zu vindizieren. Ich kann das nicht akzeptiren, denn timoo Danaos et dona ferentes.

Da die Abstimmung über das Amendement Evelt zweifelhaft bleibt, muß zum Namensaufruf geschritten werden, welcher die Ablehnung des Antrages mit 134 gegen 125 Stimmen ergibt.

Um 3 1/2 Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Verschiedene dritte Lesungen.)

12. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 21. Februar. Eröffnung um 12 Uhr. Am Ministertisch Leonhardt. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberathung über die durch die Allerhöchste Botenschaft vom 14. d. Mts. an das Herrenhaus ergangene Einladung zur Wahl zweier Mitglieder

für die einzusetzende Spezialuntersuchungskommission und event. die Wahl dieser Mitglieder.

Referent Hobrecht recapitulirt zunächst die bekannten Vorgänge der letzten Zeit und fährt dann fort: Ich halte jede Erörterung der tatsächlichen Angaben und die Wiederaufnahme der Polemik für überflüssig und verfrüht.

Korreferent v. Tettau: Daß durch die Kommission Mißstände bei Ertheilung von Eisenbahn-Konzessionen klargelegt, die betreffenden Anlagen untersucht, und eventuell eine Aenderung in der Verwaltungspraxis des Handelsministeriums vorgeschlagen werden müße, ist allgemein anerkannt.

Graf zur Lippe: Es wird sich in diesem Hause keine Stimme dagegen erheben, der allerhöchsten Botenschaft Folge zu leisten. Ich will nur einen kurzen Blick auf die Verhandlungen im anderen Hause werfen, durch die dasselbe bestimmt worden ist, die Initiative zu ergreifen.

Der erste Vorwurf läßt sich weder substantiären noch widerlegen. Jeder, der diskretionäre Befugnisse auszuüben hat, ist solchen Vorwürfen ausgesetzt. Wer eine Konzession nicht erhält, ist unzufrieden und sagt, es sei nach Gunst verfahren.

Abg. v. Gerlach: Ich konstatire mit Genugthuung, daß der Abgeordn. v. Mallinckrodt den ärgsten Vorwurf, nämlich denjenigen, welcher sich auf seine Handhabung der Dialektik bezieht, nicht zurückgewiesen hat.

Abg. Ebert (persönlich): Der Abg. v. Gerlach hat mir die Ehre erwiesen, meinen Ausführungen eine idealistische Natur zu vindizieren. Ich kann das nicht akzeptiren, denn timoo Danaos et dona ferentes.

Da die Abstimmung über das Amendement Evelt zweifelhaft bleibt, muß zum Namensaufruf geschritten werden, welcher die Ablehnung des Antrages mit 134 gegen 125 Stimmen ergibt.

Um 3 1/2 Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. (Verschiedene dritte Lesungen.)

sich gegen die wende, welche sie erhoben haben, in einer Weise, die meines Erachtens der Würde des Landtags nicht entspricht.

Der Justizminister: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich auf den ersten Theil der Erörterungen des Vorredners mich einlasse; nur über den zweiten erlaube mir einige Worte.

v. Dechend: Ich weiß nicht, ob es ganz angemessen war, unmittelbar vor Zusammentritt der Kommission, welche Se. Majestät auf Veranlassung des anderen Hauses zur Untersuchung niedergesetzt hat, in eine öffentliche Besprechung desselben Gegenstandes einzutreten.

Herr W i l e n s: Ich möchte doch dem Grafen zur Lippe nicht darin beistimmen, daß unsere Zustände in so rosigem Lichte erscheinen, daß eine Untersuchung gar nicht notwendig wäre.

Herr W e b e r: Ich will nur der Aeußerung des Herrn v. Dechend, daß die Ausgabe von Aktien unter Pari nicht gefährlich sei, vom juristischen Standpunkte aus entgegenreten.

Bankpräsident v. Dechend: Wenn ich vorhin berichtet worden bin, daß das Verbot Aktien unter Pari auszugeben in ganz Deutschland, nicht bloß in Preußen gese, so will ich berichtend bemerken, daß ich an Deutschland gedacht habe.

Graf zur Lippe: Ich glaube, daß es, um die Gerichte zur eidschen Vernehmung zu requiriren, ebenfalls eines gesetzlichen Aktes bedürfe.

Justizminister Leonhardt: Der eben gehörten Bemerkung will ich entgegen, daß ich nicht der Ansicht war, die Gerichte wären verpflichtet, den Requisitionen Folge zu leisten; daraus folgt aber noch nicht, daß sie einer solchen nicht freiwillig Folge geben.

Damit schließt die Diskussion; das Haus stimmt einstimmig dem Vorschlag der Referenten bei und schreitet sofort zur Wahl der beiden Mitglieder, die in einem Wahlgange stattfinden.

(Fortsetzung in der ersten Beilage)

